

Covid-19 – Wissenschaft und Gesellschaft

Covid-19 – Science et société



Impressum

HERAUSGEBER

Akademien der Wissenschaften Schweiz · Laupenstrasse 7 · Postfach · 3001 Bern · Schweiz
+41 31 306 92 20 · info@akademien-schweiz.ch · akademien-schweiz.ch
 [academies_ch](https://twitter.com/academies_ch)  [swiss_academies](https://www.instagram.com/swiss_academies)  [Swiss Academies of Arts and Sciences](https://www.youtube.com/SwissAcademies)

KONTAKT

Appenzeller Claudia, Generalsekretärin der Akademien der Wissenschaften Schweiz · Laupenstrasse 7
Postfach · 3001 Bern · Schweiz · +41 31 306 92 20 · claudia.appenzeller@akademien-schweiz.ch
go.akademien-schweiz.ch/covid-19-science-society

AUTORINNEN & AUTOREN

- Appenzeller Claudia, Akademien der Wissenschaften Schweiz
- Ackermann Sibylle, Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften
- Egli Franziska, Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften
- Fuchsli Tobias, Universität Zürich
- Georgi Fanny, Junge Akademie Schweiz, Universität Zürich
- Graf Joël, Schweizerischer Wissenschaftsrat
- Grüninger Servan L., Junge Akademie Schweiz, Universität Zürich
- Hofmänner Alexandra, Universität Basel
- Holderegger Ursin, Akademien der Wissenschaften Schweiz
- Hug Sebastien, Swissnex India
- Jobin Anna, Junge Akademie Schweiz, Humboldt Universität, Berlin
- Keller Holm, kENUP Fondation
- Kessler Sabrina H., Junge Akademie Schweiz, Universität Zürich
- Mac Lean Tobias, kENUP Fondation
- Paulsen Theres, td-net, Akademien der Wissenschaften Schweiz
- Pfister Jürg, Akademie der Naturwissenschaften Schweiz
- Schäfer Mike, IKMZ, Universität Zürich
- Schwarzenbach René, Akademie der Naturwissenschaften Schweiz, ETH Zürich
- Tanner Marcel, Akademien der Wissenschaften Schweiz
- Tomczak-Plewka Astrid, Akademien der Wissenschaften Schweiz
- Zinsstag Jakob, td-net, Akademien der Wissenschaften Schweiz, Swiss TPH

PODIUMSGÄSTE & INTERVIEWTE

- Egger Matthias, Schweizerischer Nationalfonds
- Gasser Susan, ISREC Stiftung der Krebsforschung
- Genoud Dominique, HES-SO Wallis
- Herzog Eva, Ständerätin
- Hirschi Caspar, Universität St. Gallen
- Sorkine-Hornung Olga, ETH-Zürich
- Süsstrunk Sabine, Schweizerischer Wissenschaftsrat
- Tanner Marcel, Akademien der Wissenschaften Schweiz
- Urchueguía Cristina, Universität Bern
- Wurz Peter, Universität Bern

WISSENSCHAFTLICHE PROJEKTASSISTENZ & LEKTORAT

Holderegger Ursin, Akademien der Wissenschaften Schweiz

ÜBERSETZUNG

Marie-Jeanne Krill, Dominique Nickel

LAYOUT

Push'n'Pull Bern

© 2021 Akademien der Wissenschaften Schweiz. Dies ist eine Open-Access-Publikation, lizenziert unter der Lizenz Creative Commons Attribution (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Der Inhalt dieser Publikation darf demnach uneingeschränkt und in allen Formen genutzt, geteilt und wiedergegeben werden, solange der Urheber und die Quelle angemessen angegeben werden.

ISSN (online): 2297-1807

ZITIERVORSCHLAG

Akademien der Wissenschaften Schweiz (2021) Covid-19 –Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge in Zeiten der Pandemie. Swiss Academies Communications 16 [5] <http://doi.org/10.5281/zenodo.5360754>

go.akademien-schweiz.ch/covid-19-science-society

**Covid-19 – Science
and Society**

Contributions in the times
of the Pandemic

**Covid-19 – Wissenschaft
und Gesellschaft**

Beiträge in Zeiten
der Pandemie

**Covid-19 – Science
et société**

Contributions en temps
de pandémie

SDGs: Die internationalen Nachhaltigkeitsziele der UNO

In diesen Sammelband legen die Akademien Analysen und Diskussionsbeiträge vor, die in unserem Umfeld über Covid-19 Wissenschaft und Gesellschaft entstanden sind. Sie leistet damit einen Beitrag zu den SDGs 3, 4, 16 und 17: «Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern», «Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern», «Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern» und «Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen».

> <https://sustainabledevelopment.un.org>

> <https://www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung.html>



Content / Inhalt / Contenu

1. Vorwort / Préface	CLAUDIA APPENZELLER	4
2. Eine Zwischenbilanz mit Ausblick	MARCEL TANNER	6
3. Was Wissenschaft und Politik in der Krise voneinander gelernt haben	Interview mit: EVA HERZOG & MARCEL TANNER, Autorin ASTRID TOMCZAK	8
4. Science in the Swiss Policy Response to the COVID-19 Pandemic in 2020	ALEXANDRA HOFMÄNNER	16
5. Wissenschaftliche Politikberatung im Auge des Sturms Bericht zum Science after Noon	Moderiert von MARCEL TANNER, mit SUSAN GASSER, MATTHIAS EGGER & SABINE SÜSSTRUNK, Autorin ASTRID TOMCZAK	23
6. Wissenschaftliche Unterstützung der Politik im Umgang mit langfristigen gesellschaftlichen Herausforderungen – eine Kernaufgabe der SCNAT	Autoren RENÉ SCHWARZENBACH & JÜRIG PFISTER	26
7. Handlungsoptionen statt Handlungszwänge	Interview mit CASPAR HIRSCHI, Autor URSIN HOLDEREGGER	36
8. Directives médico-éthiques: triage des traitements de soins intensifs en cas de pénurie des ressources	SIBYLLE ACKERMANN & FRANZISKA EGLI, Generalsekretariat SAMW	42
9. Forschung in Zeiten der Pandemie	Moderiert von SABINE SÜSSTRUNK mit CRISTINA URCHUEGUÍA, OLGA SORKINE-HORNUNG, PETER WURZ, DOMINIQUE GENOUD, Autor JOËL GRAF	54
10. Wie sieht die Schweizer Bevölkerung die Pandemie und die Rolle der Wissenschaft? Ergebnisse der Covid-19-Edition des Wissenschaftsbarometer Schweiz	Autoren MIKE SCHÄFER & TOBIAS FÜCHSLIN	58
11. Was können wir aus Covid-19 Fake News über die Verbreitung von Fehlinformationen im Allgemeinen lernen? Ein Projekt der Swiss Young Academy	Autoren ANNA JOBIN, SABRINA H. KESSLER, FANNY GEORGI & SERVAN L. GRÜNINGER	68
12. Impact of the pandemic on science communication – Survey results from Switzerland, India and the USA	Autor SEBASTIEN HUG	76
13. Covid-19 Forum der Akademien Schweiz 2021 – ein Versuch des transdisziplinären Dialogs zwischen Wissenschaft und Gesellschaft	Autoren JAKOB ZINSSTAG & THERES PAULSEN	84
14. Covid-19 – empirical study on vaccine skeptics and strategies to increase the take-up of COVID-19 vaccines	Autoren HOLM KELLER & TOBIAS MAC LEAN	90
Curricula vitae		96



CASPAR HIRSCHI



URSIN HOLDEREGGER

7. Handlungsoptionen statt Handlungszwänge

Autor: URSIN HOLDEREGGER

Interview mit: CASPAR HIRSCHI

Wie kann der Politisierung der Expertise entgegengewirkt werden? Als «Experte für Experten» äussert sich der Historiker Caspar Hirschi im Interview über die Beratungsrolle von WissenschaftlerInnen und Forschenden in der Pandemie. «Damit wissenschaftliche Politikberatung in einer Krise funktioniert, müssen sich beide Seiten kennen und vertrauen.», betont er. Und es gehe darum, Handlungsoptionen zu eröffnen. Im Gespräch zeigt Hirschi auf, wo er Kritikpunkte sieht.

Herr Hirschi, was macht jemanden in der Pandemie zum Experten oder zur Expertin?

Die Rolle der Expertin umfasst drei Eigenschaften: die Demonstration von Spezialwissen, die Vermittlung dieses Wissens an Laien und der Nachweis von Unabhängigkeit. Wer bloss über besondere Kenntnisse verfügt, ist noch lange keine Expertin, sondern nur eine Spezialistin. Experte wird man erst durch eine externe Nachfrage nach diesen Kenntnissen. Der Nachweis von Unabhängigkeit umfasst zweierlei: am Beratungsgegenstand kein ökonomisches Interesse zu haben und in der Beratungstätigkeit keinen politischen Einflussversuchen

ausgesetzt zu sein. Wer ihn nicht erbringen kann, läuft Gefahr, des Lobbyismus oder der Propaganda verdächtigt zu werden. Auf die Pandemie angewendet: Es war das enorme Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit und Politik, das alle möglichen Virologinnen und Epidemiologen zu Experten gemacht hat, auch solche, die zuvor kaum oder gar nicht zu Coronaviren, Atemwegserkrankungen oder Pandemien geforscht hatten. Die Nachfrage überstieg das Angebot bei weitem, und so gab es Leute, die auf recht abenteuerlichen Wegen zu Expertenwürden kamen.

Abgesehen von einer gestiegenen Nachfrage – was macht Sie zum Experten?

Mein Forschungsgebiet ist die Geschichte wissenschaftlicher Experten und ihres Bezuges zur Politik und Öffentlichkeit. Dazu muss ich mich in die Methoden und den Wissensstand verschiedener Forschungsrichtungen zu einem bestimmten Zeitpunkt einarbeiten, um zu verstehen, worum sich bestimmte Expertendiskussionen gedreht haben. Das macht mich aber noch lange nicht zu einem Experten für Erdbeben, Drogen oder Viren. Meine Spezialisierung ist die Rolle von Experten. Sie ist deshalb so faszinierend, weil sie in jüngerer Zeit einen fundamentalen Wandel durchmacht, der sich vor allem in einer nie dagewesenen medialen Sichtbarkeit von Expertise niederschlägt. Mit der Wissenschaftsforschung gibt es zu diesem Thema ein interdisziplinäres Forschungsfeld, das von Historikern, Soziologinnen und Politologen bestellt wird und seit Jahrzehnten wertvolle Erkenntnisse zu den Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Expertise erzielt. Das Problem ist nur, dass wissenschaftliche Experten in Gebieten wie der Finanz-, Klima- und Coronapolitik selbst ziemlich beratungsresistent sind. Die meisten zeigen kaum Interesse daran, von der Wissenschaftsforschung zu erfahren, was ihre Rolle ausmacht, wo Gefahren lauern und wie sie vermieden werden können. Wenn ich also in der Pandemie als «Experte für Experten» gefragt bin, dann weniger, weil Virologinnen und Epidemiologen ihr eigenes Tun besser verstehen wollen, sondern weil sich Journalisten und Politikerinnen wundern, weshalb Experten in der politischen Diskussion dominanter und präsenter auftreten als je zuvor.

In ihrem Buch «Skandalexperten, Experten-skandale» machen Sie die Aussage: «Jede Regierung sucht sich die Experten aus, die zu ihrer Politik passen.» Ist die Science Task Force also eine Auswahl von ExpertInnen,

die der Bundesrat sich ausgesucht hat, um seine politischen Entscheide abzusichern?

Die Science Task Force ist tatsächlich eine Ausnahme von dieser Regel. Der Bund hat es vor der Krise verpasst, ein funktionierendes Expertengremium aufzustellen, und als er nach dem Ausbruch der Pandemie gemerkt hat, dass die interne Fachkompetenz im BAG zu schmal war, um adäquat zu reagieren, fehlte die Zeit, um passende Personen für eine neue Kommission zu suchen. Der ETH-Rat hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eine Task Force gegründet, allerdings nicht in der Absicht, die Politik zu beraten, sondern um die Koordination und Kommunikation von Forschungen zu Covid-19 innerhalb der Schweiz zu gewährleisten. Einzelne Mitglieder hatten den Bund wegen seiner zögerlichen Reaktion früh kritisiert, und da schien es opportun, die Task Force durch ein Beratungsmandat politisch enger einzubinden. Damals hatte die Task Force aber schon so viele Mitglieder, dass eine effiziente Beratung erschwert war, zumal einige der Experten Profis im Twittern, aber Amateure in der Politikberatung waren. Sie merkten nicht oder erst sehr spät, dass sie die Beratungsfähigkeit des Gremiums beeinträchtigen, wenn sie bei jeder Gelegenheit ihre Meinung zur Pandemiepolitik öffentlich kundtun. Damit wissenschaftliche Politikberatung in einer Krise funktioniert, müssen sich beide Seiten kennen und vertrauen. Dass man sich nicht kannte, hat eher die Politik und Verwaltung zu verantworten, dass man sich nicht vertraute, eher die Task Force.

«Damit wissenschaftliche Politikberatung in einer Krise funktioniert, müssen sich beide Seiten kennen und vertrauen.»

CASPAR HIRSCHI

Die Task Force wurde kritisiert, sie mache selbst Politik. Was denken Sie, sind die ExpertInnen aus Epidemiologie und Virologie

während der Pandemie zu Ersatz-PolitikerInnen geworden?

Einzelne schon, und zwar in einer toxischen Rollenkombination: Sie machten zugleich wissenschaftliche Politikberatung und expertokratische Opposition, wobei sie das Etikett «Task Force Mitglied» nutzten, um mit Tweets oder Interviews möglichst viel öffentliche Aufmerksamkeit zu generieren. Für die Medien war die Rollenkombination attraktiv, weil sie einen Dauerkonflikt zwischen Task Force und Bundespolitik inszenieren konnten, mit «Wut-Experten» als Hauptprotagonisten. So war die Task Force zwar in aller Munde, aber ihr Einfluss auf die Politik beschränkt. Klagt man die Instanz, die man berät, des Totalversagens an, kann man nicht erwarten, dass sie danach eher umsetzt, was man empfiehlt. Und wenn man die Rolle des offiziellen Beraters mit jener des expertokratischen Oppositionspolitikers vermischt, indem man vor versammelter Presse ausführt, was man jetzt tun würde, wenn man Politiker wäre, darf man sich nicht wundern, wenn das der Bundesrat als Bruch elementarer Spielregeln versteht.

Aber die Task Force hatte doch guten Grund, auf eine faktenbasierte Politik zu pochen?

Ja, nur blendete sie aus, dass wissenschaftlicher Rat nicht bloss von Fakten, sondern auch von Normen und Interessen geleitet sein kann – gerade in einer akuten Krise, wo «experten-gestützt» mangels gesicherter Erkenntnisse selten mit «wissenschaftlich erwiesen» gleichgesetzt werden kann. Wer nur «aus wissenschaftlicher Sicht» Tatsachen sprechen lassen möchte, läuft Gefahr, die eigenen Werteprioritäten und Ungewissheiten auszublenden. Die Science Task Force hat denn auch im Bemühen, die Politik unter Druck zu setzen, zuweilen eine der wichtigsten wissenschaftlichen Aufgaben vernachlässigt: das Definieren und Kommunizieren von Ungewissheit. Es gab Situationen, gerade im Umgang mit bevorstehenden Risiken, wo Experten der Task Force nach außen den Eindruck erweckten, sie wüssten genau, was kommt, nur um danach von der Realität eingeholt zu wer-

den. Wenn eine Fehlprognose dann noch mit scharfer politischer Kritik gewürzt ist, wie in diesem Frühjahr, leidet die Glaubwürdigkeit stark. Das Problem ist nicht, dass Zukunftsszenarien falsch liegen – das passiert immer wieder, auch bei wissenschaftlich einwandfreien Modellierungen. Problematisch ist vielmehr, wenn man ihre Voraussagekraft überzieht, um politischen Einfluss auszuüben, und erst dann zurückrudert, wenn es zu spät ist.

Trägt die Politik selbst keine Verantwortung für die verfahrenre Situation?

Doch, das tut sie, aber auf einer anderen Ebene. Zunächst ist festzuhalten, dass wissenschaftliche Politikberatung auf einem beiderseitigen Nicheinmischungspakt beruht: Expertinnen mischen sich nicht in die politische Entscheidungsfindung ein, Politiker nehmen keinen Einfluss auf die Erarbeitung wissenschaftlicher Einschätzungen und Empfehlungen. Dieser Pakt wurde in der Schweiz, das hat man in der ganzen Aufregung nie gewürdigt, vom Bundesrat nicht gebrochen. Was man ihm im Umgang mit wissenschaftlichem Rat aber vorwerfen muss, ist eine strategische und kommunikative Schwäche, die eine produktivere Rolle der Task Force verhinderte. In strategischer Hinsicht hat es der Bundesrat nach der ersten Welle verpasst, die prioritären Ziele seiner Pandemiepolitik klar zu benennen. Ging es nun darum, möglichst wenige Tote zu haben, die gefährdeten Gruppen optimal zu schützen, die Intensivstationen nicht zu überlasten, oder die Wirtschaft zu schonen? Politische Prioritäten können sich verschieben, aber sie müssen in einer Krise von den Verantwortlichen kommuniziert und begründet werden, damit sich alle involvierten Kräfte daran orientieren können. Spätestens mit Beginn der zweiten Welle herrschte hier ein Vakuum, und ich vermute, es hing mit einem uneingestanden Zielkonflikt beim Bund wie in vielen Kantonen zusammen: Man wollte zwar den Anstieg der Ansteckungen brechen, aber zugleich einen zweiten Lock-

down verhindern. Beides zusammen ging nicht. In einer solchen Situation ist es für ein Expertengremium naheliegend, das Vakuum zu füllen und selber strategische Ziele zu formulieren. Das hat die Task Force gemacht, indem sie niedrige Ansteckungszahlen zur absoluten Priorität erhob. Nur hat sie sich dadurch noch stärker politisiert.

«Zunächst ist festzuhalten, dass wissenschaftliche Politikberatung auf einem beiderseitigen Nicheinmischungspakt beruht.»

CASPAR HIRSCHI

Die Politik hat die Task Force also gewissermassen zur politischen Intervention provoziert?

Sagen wir es so: Sie hat dazu beigetragen. Ein zweites kommunikatives Defizit der Politik bestand darin, dass sie auf die Forderungen ihrer Experten nicht adäquat zu reagieren vermochte. Niemand, nicht einmal Alain Berset, getraute sich, sich mit den Positionen der Task Force argumentativ auseinanderzusetzen und nachvollziehbar zu begründen, warum der Bundesrat gewissen Empfehlungen folgte und anderen nicht. Diese kommunikative Hilflosigkeit nährte den Verdacht, der Bund habe keinen eigenen Kompass, sondern reagiere nur auf Druck von aussen, sei es von Lobbygruppen oder der Task Force. Noch drastischer zeigte sich die argumentative Blösse der Politik in der Wirtschaftskommission des Nationalrats, als sie der Task Force einen Maulkorb verpassen wollte – nach dem Motto: wenn wir keine Sprache haben, um uns mit Experten auseinanderzusetzen, dann wollen wir sie wenigstens zum Schweigen bringen.

Wie lässt sich die Covid-Task Force als Krisengremium historisch einordnen?

Als eine Anomalie. Es gab in der Geschichte der Schweiz noch nie ein Expertengremium mit staatlichem Beratungsmandat, das sich selber konstituiert, seine Mitglieder im Umfang von

sieben Fussballmannschaften nach eigenem Gutdünken ernannt und sich in einer akuten Krise durch mediale Dauerpräsenz als ~~Oppositionskraft~~ profiliert hat. Wenn ein Expertengremium nur aus Forschenden besteht und seine Mitglieder selber bestimmt, besteht die Gefahr, dass man sich mit Gleichgesinnten umgibt, die eigene Vorurteile bestätigen, anstatt sie zu hinterfragen. Diesem «Groupthink», der die Kritik nach aussen fördert und nach innen hemmt, dürfte die Task Force zwischendurch erlegen sein. In gewisser Weise ist sie damit selbst ein Krisensymptom für die Funktionsfähigkeit unseres politischen Systems unter Stress. Die Bundespolitik hat eine reiche Erfahrung mit Expertengremien in der Form von ausserparlamentarischen Kommissionen. Aktuell gibt es davon über hundert, und einzelne, wie die vom Infektiologen Christoph Berger präsidierte Kommission für Impffragen, spielen auch in der Pandemie eine wichtige und produktive Rolle. Andere dagegen, wie die Kommission für Pandemievorbereitung und -bekämpfung, sind komplett untergetaucht, und noch ist nicht ganz klar, warum. Ausserparlamentarische Kommissionen haben in der Regel maximal 15 Mitglieder, die vom Bundesrat gewählt werden, wobei sie nicht nur aus wissenschaftlichen Expertinnen, sondern auch aus Personen aus der Praxis oder Interessenvertretern bestehen. Die Idee hinter dieser Zusammensetzung ist eigentlich gut: Es sollen möglichst vielfältige Kompetenzen zusammenkommen, damit die Mitglieder sich gegenseitig herausfordern und im kritischen Austausch Einschätzungen und Empfehlungen entwickeln, die breit abgestützt sind. Dafür aber müsste ihre Rekrutierung hochprofessionell ablaufen. In der Pandemie entstand eher der Eindruck, dass vieles Glücksache ist und von der Energie und Durchsetzungsfähigkeit der jeweiligen Kommissionspräsidenten abhängt.

Gibt es eine historische Erfahrung, von welcher die Task Force hätte profitieren können?

Viele Epidemiologinnen und Virologen der Coronakrise haben sich ja stark an einem Vorbild

orientiert, nur kam es nicht aus der Geschichte, sondern aus der Gegenwart: den politisch aktiven Klimaexperten. Der Bezug zur Klimaexpertise wurde vor allem gemacht, wenn das eigene Engagement auf Twitter mit Beschimpfungen und Bedrohungen quittiert wurde. So gesellten sich zu den «Klimaleugnern» die «Coronaleugnerinnen», die zur Sammelbezeichnung für alle wurden, die gegen die Eindämmungsmassnahmen protestierten, unabhängig davon, wie es um ihren Realitätssinn oder ihre Motive bestellt war. In einer solchen Konstellation wird die Auseinandersetzung um die richtige Pandemiepolitik nicht als ein Normenkonflikt mit vielen Dilemmata geführt, sondern als ein Wissenskonflikt, in dem die Wahrheit auf der einen und die Lüge auf der anderen Seite ist.

Bestehen nicht noch weitere Parallelen zur Expertise in der Klimakrise?

Tatsächlich ist der Vergleich mit der Klimaexpertise interessant, denn in beiden Fällen steht das Verhalten der gesamten Gesellschaft im Zentrum der Beobachtung und Beeinflussung. Nur hätten die Coronaexperten neben der Gegenwart auch die Geschichte der Klimaforschung mit einbeziehen müssen. Erstens hätten sie dadurch besser erkannt, dass ein Wissenskonflikt für Experten weniger Risiken birgt, wenn er auf mehreren Jahrzehnten Forschung zu einem Thema beruht, als wenn es nur wenige Monate sind. Egal, ob es um Schulen, um Skigebiete oder um Öffnungen ging, immer wieder standen Epidemiologen und Virologinnen vor Ungewissheiten, die sie zu wenig als solche zu adressieren vermochten, weil sie sich wie die Klimawissenschaften in einem Kampf der Wahrheit wieder die Lüge wählten. Zweitens haben Wissenschaftsforscher wie Daniel Sarewitz, Reiner Grundmann oder Roger Pielke, die sich mit der Klimaexpertise eingehend beschäftigt haben, gezeigt, dass Experten selbst einem Trugschluss unterliegen, wenn sie meinen, das Haupthindernis für die Durchsetzung ihrer Empfehlungen sei das Ignorieren oder gar Leugnen von wissen-

schaftlichem Wissen. Die grosse Herausforderung für die Klima- wie für die Coronapolitik ist nicht die kleine Minderheit, die sich jeglicher wissenschaftlicher Einsicht verweigert, sondern die grosse Mehrheit, die an die Wissenschaft glaubt, bestens im Bilde ist und mit einem Anflug schlechten Gewissens doch für eine Woche Ferien nach Teneriffa fliegt oder die Grosseltern zuhause besucht. Wissen allein, das sollten gerade Experten mittlerweile wissen, verändert noch gar nichts.

«Die grosse Herausforderung für die Klima- wie für die Coronapolitik ist die grosse Mehrheit, die an die Wissenschaft glaubt und mit einem Anflug schlechten Gewissens doch für eine Woche Ferien nach Teneriffa fliegt.»

CASPAR HIRSCHI

Wie sollten die Rollen zwischen wissenschaftlicher Beratung und der Politik idealerweise verteilt sein?

Das kommt stark auf das jeweilige Problem an. Roger Pielke hat zu dieser Frage ein aufschlussreiches Modell entworfen. Ihm zufolge kann wissenschaftliche Expertise in demokratischen Gesellschaften nur dann unmittelbar handlungsleitend sein, wenn die Ungewissheit klein und der Wertekonsens hoch ist. Pielke nennt solche Situationen «Tornado Politics». Man kennt die Gefahr, ist sich über das Ziel einer Krisenintervention einig und folgt den Anweisungen bewährter Fachleute, um den Schaden einzudämmen. Die Politik hat in diesem Fall allen Grund, wissenschaftlichem Rat zu folgen. In der Coronakrise war nun aber, abgesehen vom breiten Wertekonsens in der ersten Welle, weder die eine noch die andere Bedingung gegeben. Das aber hat viele Coronaexperten, wie der Wissenschaftssoziologe Alexander Bogner überzeugend dargelegt hat, nicht daran gehindert, sich so zu verhalten, als hätte man es mit «Tornado-Politics»

zu tun und wisse exakt, was zu machen sei. Die Folgen dieser falschen Lagebeurteilung hat Pielke schon an früheren Beispielen dargestellt: Experten werden in normative Konflikte verwickelt. Sie betreiben, oft ohne es zu merken, eine Politisierung der Wissenschaft, werden deswegen auch politisch angegriffen und reagieren darauf mit noch aggressiverem Aktivismus. Das Resultat ist eine Polarisierungsblockade, wie man sie gerade in akuten Krisensituationen nicht gebrauchen kann.

«Es soll, gerade in komplexen Krisen, nicht darum gehen, Handlungszwänge zu erzeugen, sondern Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen.» CASPAR HIRSCHI

Auf was müssen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in ihrer Beratertätigkeit achten?

Sie müssten, frei im Sinne von Pielke, zuerst einmal eine kritische Lagebeurteilung vornehmen, wie es um den Grad der wissenschaftlichen Gewissheit und des gesellschaftlichen Wertekonsenses im jeweils vorliegenden Problemzusammenhang steht. Dazu ist es von Vorteil, wenn man in Expertengremien auch Soziologinnen und Politologen und vor allem Wissenschaftsforscherinnen hat, die von Wissens- und Normenkonflikten etwas verstehen. Kommt man nun zum Schluss, dass keine Situation für «Tornado Politics» vorliegt, empfiehlt Pielke die Rolle des «Honest Broker of Policy Alternatives». In ihr versuchen Experten, der Politik verschiedene Optionen mit ihren jeweiligen Chancen, Risiken und Nebenwirkungen aufzuzeigen, ohne sich für eine bestimmte Entscheidung auszusprechen. Es soll also, gerade in komplexen Krisen, nicht darum gehen, Handlungszwänge zu erzeugen, sondern Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Darin besteht auch das beste Gegengift gegen eine Politisierung der Expertise, denn die Rollen zwischen Entscheidungsträgern und Expertinnen bleiben klarer getrennt.

Wie kann die Pandemie gewinnbringend aufgearbeitet und evaluiert werden?

Indem direkt Beteiligte und unabhängige Beobachterinnen aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung an einen Tisch sitzen und eine schonungslose Rekonstruktion der Vorgänge vornehmen, bevor sie irgendwelche Pläne schmieden, welchen Beitrag sie in welcher Form in künftigen Krisen leisten wollen. Dabei gilt es möglichst zu verhindern, dass es zu einer Neuauflage der Kontroversen während der Krise kommt, indem Involvierte die kritische Aufarbeitung mit einer Übung in Selbstrechtfertigung und Fremdbeschuldigung verwechseln. Aus diesem Grund ist es essentiell, die Leitung des Aufarbeitungsprozesses in die Hand unbeteiligter Personen mit praktischer und theoretischer Erfahrung in diesen Dingen zu geben. Für die Schweiz wäre vor allem die Frage zu diskutieren, ob nun eher personelle, organisationale oder strukturelle Defizite die Gründung und Einsetzung der Task Force nötig gemacht haben. Sollte man zum Schluss kommen, dass in der Verwaltung und in der ausserparlamentarischen Kommission für Pandemie-vorbereitung und -bekämpfung zu Beginn der Krise die falschen Leute am falschen Ort sassen und die organisatorischen Abläufe ungenügend eingeübt waren, dann müsste man für künftige Krisen hier den Hebel ansetzen und dafür sorgen, dass wissenschaftlich qualifizierteres und krisenfesteres Personal die Verantwortung hat. Sollte man dagegen ein strukturelles Manko ausmachen, das im bestehenden System eine adäquate Reaktion verunmöglicht hat, dann muss man darüber reden, ob es in Zukunft ein neues Gerüst für wissenschaftliche Politikberatung braucht. Meine persönliche Einschätzung ist, dass bei jedem Ausgang der Aufarbeitung am Schluss etwas anderes anvisiert werden muss als das, was wir während der Coronakrise erlebt haben. Zumindest in einem Punkt besteht breiter Konsens: Eine Krisenpolitik wie in den letzten beiden Jahren soll es kein zweites Mal geben.